

Opposition will Aufklärung zu Geheimpapier

STUTTGART Konstanzer Politologe Wolfgang Seibel spricht von unprofessionellem Verhalten – Regionale Abgeordnete beschwichtigen

Von unserer Redaktion

Die Opposition im Stuttgarter Landtag erhöht wegen der jüngsten Geheimabsprachen den Druck auf die grün-schwarze Landesregierung. Am Wochenende wurde bekannt, dass sich Grüne und CDU in einer Nebenabsprache darauf geeinigt haben, unter anderem 5000 Stellen abzubauen und die Grunderwerbsteuer zu erhöhen.

Druck FDP-Landtagsfraktionschef Hans-Ulrich Rülke kündigt an, dass seine Fraktion Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) dazu auffordern werde, sich in der ersten Sitzung des Landtags nach der Sommerpause am 28. September zu erklären. „Jetzt muss alles auf den Tisch“, sagt auch der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Reinhold Gall. Der Obersulmer erklärt zudem, die Sozialdemokraten würden ebenfalls eine parlamentarische Anfrage stellen, um mehr Informationen über die Kürzungspläne und weitere grün-schwarze Vorhaben zu erhalten.

Der Konstanzer Politikwissenschaftler Wolfgang Seibel hält die geheimen Nebenabsprachen von Grün-Schwarz für unprofessionell. „Nach fünf Jahren Regierungsverantwortung Kretschmanns zeugt es

„Selbstverständlich werden Details noch intensiv diskutiert werden.“

Friedlinde Gurr-Hirsch, CDU

von einer gewissen Naivität zu glauben, dass solche erst einmal geheim gehaltenen Absprachen nicht an die Öffentlichkeit gelangen“, erklärt Seibel der *Heilbronner Stimme*. „Das hat mich sehr gewundert.“

Die Nebenabsprachen der Koalitionsspitzen betreffen Instrumente zur Haushaltskonsolidierung. Grün-Schwarz rechnet damit, dass bis 2020 strukturell **1,8 Milliarden Euro** eingespart werden müssen. Einsparungen bei den Kommunalzuweisungen und

Laut Seibel nehme bei Kretschmann zunehmend die Selbstdistanz ab. Zunächst habe er eine Kultur des Gehörtwerdens versprochen. „Nun wirkt er selbstgerecht.“

Meinungen Die Politiker in der Region sind bemüht darum, die Debatte zu beruhigen. Susanne Bay, Grünen-Abgeordnete für den Wahlkreis Heilbronn, kann die Empörung nicht nachvollziehen. Für sie ist die aktuelle Diskussion „ein Sommerlochthema“. Nebenabsprachen zu Koalitionsverträgen seien nun mal nichts Neues.

Ähnlich argumentiert Friedlinde Gurr-Hirsch, CDU-Abgeordnete für den Wahlkreis Eppingen. Es sei normal, die im Koalitionsvertrag verein-

Details aus der Liste

den Beamten sollen zusammen 430 Millionen Euro bringen. Konkret geht es um Kürzungen bei der Besoldung und den Pensionen sowie um die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten. Die Vorgänger-Koalition aus Grünen und SPD hatte die Grunderwerbsteuer be-

barten Ziele noch mit Zahlen zu unterlegen. „Selbstverständlich werden Details noch intensiv diskutiert werden“, sagt sie. Für ihn sei entscheidend, „dass die Koalitionspartner gut zusammenarbeiteten“, er-

„Wir Grüne stellen hohe Anforderungen an die Transparenz politischen Handelns.“

Oliver Hildenbrand, Grüne

klärt hingegen der Hohenloher CDU-Politiker Arnulf von Eyb.

Bernhard Lasotta, CDU-Abgeordneter aus dem Wahlkreis Neckarsulm, versucht ebenfalls die Wogen zu glätten. „Alle Vorschläge

reits von 3,5 Prozent auf fünf Prozent angehoben. Im Gespräch ist nun eine Erhöhung um 1,5 Prozentpunkte. Eine Verwaltungsmodernisierung, einfachere Standards sowie eine bessere Ressourcensteuerung bei den Ministerien sollen 370 Millionen Euro bringen. *dpa*

werden in den Fraktionen diskutiert und entweder angenommen oder verworfen.“

Anforderung Vor allem die Grünen sehen sich in einer Glaubwürdigkeitsfalle. „Wir stellen hohe Anforderungen an die Transparenz und Nachvollziehbarkeit politischen Handelns. Insofern ist es nur verständlich, dass diese hohen Maßstäbe auch an uns angelegt werden“, sagt Landeschef Oliver Hildenbrand der *Heilbronner Stimme*. Er gesteht ein, über „diese Nebenabreden“ informiert gewesen zu sein.

Wolfgang Reinhart, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, erklärt, er sei in die Nebenabsprachen „zu keinem Zeitpunkt involviert gewesen“. Er bleibe jedoch bei seiner Position, dass die Grunderwerbsteuer nicht erhöht werden müsse.

Dass ein internes Papier an die Öffentlichkeit gerät, darüber ärgert sich Grünen-Landtagsfraktionschef Andreas Schwarz: „Auf eine vertrauensvolle Arbeitsatmosphäre sollte man sich in der Politik eigentlich verlassen können.“ *jd/mis/biz*
Kommentar „Vertrauensfrage“